

Beschleunigung der Energiereformen im Herbst 2026

Ein Rückblick auf die Energie-, Klima- und Umweltpolitik der letzten fünf Jahrzehnte seit der ersten Ölkrise von 1973 zeigt: Die Preise der fossilen Energieträger Heizöl und Erdgas haben sich mit allen nachfolgenden Energiekrisen unstopig im Mittel jedes Jahrzehnt verdoppelt. Dies entspricht einer jährlichen mittleren Preissteigerungsrate von über 7 %/a in 53 Jahren. Dies darf - ebenso wie der Tankrabatt - trotz der erhöhenden Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt niemals mit einem von vielen Politikern und Ökonomen geforderten Wirtschaftswachstum verwechselt werden! Der CO₂-Anteil in der Atmosphäre stieg im gleichen Zeitraum von 320 auf 430 ppm und damit die globale Lufttemperatur seit 1850 um 1,5 K. Die untere Grenze des Pariser Klimaziels wurde bereits 2024 überschritten.

Im politischen Reform-Herbst 2026 sind mehrfach veröffentlichte Vorschläge zur Beschleunigung der Energiewende wieder hochaktuell. Beispielsweise in dem auf unserer [Homepage](#) abrufbaren [Gutachten für den Deutschen Bundestag](#) der Autoren Kati Jagnow und Dieter Wolff aus dem Jahr 2020.

Ein CO₂-Preis von etwa 400 €/Tonne CO₂ für den in Deutschland erweitert eingeführten [Klimatransformationsfond](#) könnte als Sondervermögen zu einer Entlastung der deutschen und europäischen Staats Haushalte führen. Dies kann im Zusammenspiel mit den aktuell in der Europäischen Union diskutierten Reformen des EU-ETS I- und ETS II-Handels erfolgen. Denkbar wäre ein Emissionshandel durch gemeinsame CO₂- bzw. Kohlenstoffzertifikate für das Inverkehrbringen fossiler Energieträger für alle Sektoren Industrie, Energie, Gebäude und Verkehr. Der derzeit mit nur etwa 20 Mrd. € gefüllte deutsche KTF-Fond könnte mit diesem Vorschlag kurzfristig um eine Größenordnung (Faktor 10) auf jährliche Zusatzeinnahmen von mindestens 200 Mrd. €/a gesteigert werden.

Der Grundgedanke der 1999 in Deutschland eingeführten Ökosteuer könnte mit diesem Vorschlag deutschland- und europaweit ab 2027/28 wiederaufgenommen werden. Die Einnahmen aus den Energiesteuern für Strom, Gas- und Mineralölprodukte (Ökosteuer) fließen in Deutschland seit knapp 30 Jahren zu rund 90 % in die gesetzliche Rentenversicherung. Das jährliche Gesamtvolumen dieses Bundeszuschusses beträgt ebenfalls etwa 20 Mrd. €/a.

Mit diesen im Gutachten für den Deutschen Bundestag von 2020 beschriebenen Vorschlägen könnten die seit 2022 typischen Zusatz- bzw. Übergewinne umgeleitet werden. Geschätzt fließen dann jährlich zwischen 150 und 220 Mrd. €/a nicht mehr in die Kassen der großen (eon, RWE, Shell ...) und kleinen (einzelne Stadtwerke) Energiekonzerne, sondern in einen zukünftig erweiterten Klima- und Sozial-Transformations-Fond.

Für Deutschland stünde dann neben dem Bundeshaushalt noch einmal ein zusätzliches etwa halb so großes „Sondervermögen“ von jährlich 200 bis 300 Mrd. €/a für investive und sozial gesteuerte konsumtive Klima-, Sozial- und gegebenenfalls notwendige Fördermaßnahmen für untere Einkommensschichten zur Verfügung.

Erste bereits veröffentlichte Vorschläge der Autoren zur Beschleunigung der Energiewende aus dem Frühjahr 2026 finden Sie [hier](#).